

## 5 Ringen um die Externalisierungsgesellschaft

---

Mit dem Begriffspaar *präsentisch* – *repräsentistisch*, das ich in den Kapiteln 3 und 4 entwickelt habe, lässt sich auch der Kontext der Mobilisierung der Unterstützung um das Jahr 2015 in einem neuen Licht betrachten, wie ich im Folgenden zeigen werde. Sowohl die Bewegung der Migration, die Mobilisierung der Unterstützung, die rassistischen Mobilisierungen der Zeit sowie der Prozess der Restrukturierung des europäischen Grenzregimes lassen sich in einer gemeinsamen Matrix verorten, die von unterschiedlichen Wechselwirkungen zusammengehalten wird. Es kann beobachtet werden, dass das auf antimigrantische Abschottung ausgerichtete europäische Grenzregime durch die starke Dynamik der Bewegung der Migration massiv unter Druck geriet und sich in der Folge restrukturiert und brutalisiert hat. Auf die sich verschärfenden Restriktionen gegen Geflüchtete und Aktive reagierte die Mobilisierung der Unterstützung wiederum an unterschiedlichen Stellen. Außerdem richteten sich die Praktiken der Unterstützung diametral gegen die Praktiken der Externalisierung. Gleichzeitig nutzten unterschiedliche rassistische Zusammenhänge und Einzelpersonen die Anwesenheit der Geflüchteten und der Aktiven der Unterstützungsbewegung als Anlass, um an antimigrantische Ressentiments anzuknüpfen und damit unterschiedliche Mobilisierungen zu starten, worauf abermals die Aktiven der Geflüchtetenunterstützung reagieren mussten. Dieses gemeinsame Feld lässt sich als ein Ringen um die »Ex-

ternalisierungsgesellschaft«<sup>1</sup> begreifen, ein Konzept, das der Soziologe Stephan Lessenich geprägt hat. Bei den Auseinandersetzungen um die Aufrechterhaltung oder Veränderung der Externalisierungsgesellschaft stehen sich zwei Ziele antagonistisch gegenüber: die Externalisierung aus oder eben die Internalisierung<sup>2</sup> der Geflüchteten in die europäischen Gesellschaften. In den unterschiedlichen Mobilisierungen und Bewegungen lassen sich wiederum die Momente des *Präsentischen* und des *Repräsentistischen* jeweils in ein spezifisches Verhältnis setzen.

Lessenich beschreibt mit dem Begriff der Externalisierungsgesellschaft die Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, die der globale Kapitalismus besträndig hervorbringt, und damit eine Welt aufgespalten in Zonen der Prosperität und ganzen Weltregionen des Elends hinterlässt. Der Reichtum an einen Ort hängt, wie Lessenich deutlich macht, mit der Armut an anderen Orten zusammen:

»Ungleiche wirtschaftliche Tauschverhältnisse ergeben sich nämlich nicht von selbst, allein aus Marktwirtschaft heraus. Schon gar nicht erhalten sie sich von selbst. Die Möglichkeit, ungleiche Tauschverhältnisse im Weltmaßstab durchzusetzen und aufrechtzuerhalten, beruhte historisch auf dem Aufstieg des zentralisierten Verwaltungsstaates, dem Ausgriff der europäischen Mächte auf Territorien und Bevölkerungen im Rest der Welt, schließlich auf der Anwendung militärischer Gewalt zur Sicherung der Position der europäischen Staaten [...] im Weltsystem.«<sup>3</sup>

Dabei ist die kapitalistische Dynamik eine Doppelte: Einerseits kann sie nur durch die ständige Einverleibung von Ressourcen, von einem Außen aufrechterhalten werden. Andererseits ist sie auf die gleichzeitige

---

1 Vgl. Lessenich, Stephan: *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin 2016.

2 Ich schlage den Begriff der Internalisierung als Begriff vor, der dem der Externalisierung entgegengesetzt ist. Anstatt Ausschluss geht es um die Hereinnahme der Geflüchteten, statt dem Vergessen lassen sich die Aktiven affektiv involvieren.

3 Ebd., S. 38.

Auslagerung »der immensen Kosten ebenjener wirtschaftlichen Wertschöpfung«<sup>4</sup> in andere Weltregionen angewiesen. Lessenichs betont aber gleichzeitig, dass diese ökonomistische Perspektive zu kurz greift und es sich entsprechend nicht um starre Machtstrukturen handelt, die dieses globale Ausbeutungsverhältnis aufrechterhalten. Die Politikwissenschaftler Markus Wissen und Ulrich Brand betonen mit dem Begriff der »imperialen Lebensweise«, dass die globalen Machtverhältnisse durch alltägliche Praktiken produziert und stabilisiert werden.<sup>5</sup> Die imperialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden so durch eine Mikro-Perspektive greifbar und zumindest theoretisch auch auf und durch die Ebene der Alltagspraxen veränderbar.<sup>6</sup> Auch Lessenich hebt hervor, dass es gerade die sozialen Praktiken sind, die die Verhältnisse der Externalisierungsgesellschaft beständig hervorbringen:

»Und auf diese [privilegierten] Positionen [des globalen Nordens] bezogen lässt sich von einem Externalisierungshabitus sprechen, von einer von Individuen wie von Kollektiven – Statusgruppen und Sozialmilieus, Nationalgemeinschaften und letztendlich ganzen Weltregionen – habituell vollzogenen Praxis der *Auslagerung* der Kosten ihrer Lebensweise auf Dritte und der gleichzeitigen *Ausblendung* ebendieses Strukturzusammenhangs aus ihrer alltäglichen Lebensführung«.<sup>7</sup>

Diese alltägliche Externalisierungspraxis hängt also wesentlich mit dem »individuelle[n] und kollektive[n] Vergessen«<sup>8</sup> der Brutalität der Externalisierungsgesellschaft zusammen. Passende analytische Ansätze

---

4 Ebd., S. 42f.

5 Vgl. Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Gesellschaftsanalyse im globalen Kapitalismus »Imperiale Lebensweise« als Forschungsprogramm. In: Book, Carina u.a. (Hg.): Alltägliche Grenzziehungen: das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität. Münster 2019.

6 Vgl. ebd., S. 18.

7 Lessenich 2016, S. 61f.

8 Ebd., S. 67.

zeigen sich in den *border studies*,<sup>9</sup> die immer weniger nur die Grenzanlagen als vielmehr soziale Praktiken des *doing borders* in den Blick nehmen: Grenzregimes benötigen »nicht nur Gesetze, Bürokratien, Abläufe und Repräsentationen (Pässe, Stempel, Akten, Landkarten), sondern [die Abschottung muss] [...] auch ihren Platz auf unseren geistigen Landkarten, in kulturellen Bildern und unseren moralischen Urteilen haben, um ›bedeutungsgebend und bedeutungstragend‹ zu sein«,<sup>10</sup> wie Sabine Hess und Matthias Schmidt-Sembdner feststellen. Bei dem Grenzregime handelt sich also um eine mehrfach abgestufte Assemblage, die auch all jene Diskurse, Praktiken und Institutionen einschließt, die auf »die Immobilisierung der Migrationsbevölkerung«<sup>11</sup> – auch innerhalb der einzelnen Nationalstaaten – abzielt. Diese Mikro-Perspektive auf die Ebene des Alltags, die Lessenich hier vorschlägt, fächert aber nicht nur das Verständnis globaler Herrschaft auf. Sie entfaltet ihr Potenzial ebenfalls darin, den »kapitalozentrischen Diskurs«<sup>12</sup> zu unterlaufen, in dem gesellschaftliche Herrschaft als monolithisch und widerspruchsfrei gedacht wird (siehe Kapitel 4.2). Mit dem Blick auf die Alltagspraxen werde die Risse im Externalisierungshabitus greifbar (siehe Kapitel 6.1.1), die Stellen, an denen die Verdrängung nicht mehr funktioniert. An denen sich Menschen der Externalisierung verweigern und im Gegenteil sich darum bemühen, diejenigen, die *von Außen* kommen, durch *präsentische* Praktiken der Annäherung hereinzunehmen in die Gesellschaft, zu internalisieren, indem sie sich nahbar machen, in Kontakt kommen, sich affektiv involvieren lassen, konkret und vor Ort pragmatische Lösungen umsetzen.

9 Vgl. Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hg.): Grenzforschung: Handbuch für Wissenschaft und Studium, Border Studies. Cultures, Spaces, Orders. Baden-Baden 2021.

10 Hess, Sabine/Schmidt-Sembdner, Matthias: Grenze als Konfliktzone – Perspektiven der Grenzregimeforschung. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hg.): Grenzforschung: Handbuch für Wissenschaft und Studium, Border Studies. Cultures, Spaces, Orders. Baden-Baden 2021, S. 190–205, hier S. 193.

11 Ebd., S. 196.

12 Vey 2020, S. 182.

Wichtig für das Verständnis der Situation um das Jahr 2015 ist es aber darüber hinaus, dass dieses Ringen in einer zeitlich verdichteten, stark emotionalisierten Episode der Externalisierungsgesellschaft stattfindet, in der sich zunehmende Risse im Externalisierungshabitus zeigen, in der die Routinen der Externalisierung unsicher erscheinen und verschiedene Allianzen sehr unterschiedlich auf diese Unsicherheit reagieren. Mit dem heuristischen Modell des SFB 923 *Bedrohte Ordnungen*, in dessen Rahmen diese Arbeit entstanden ist, lässt sich diese Situation als bedrohte Ordnung fassen. Dabei steht nicht im Vordergrund, ob etwas *objektiv* bedroht ist, sondern ob es sich aus der Sicht der Akteur\*innen so darstellt. Erst durch eine erfolgreich etablierte Bedrohungskommunikation wird das soziale Geschehen zeitlich verdichtet, beschleunigt und emotionalisiert,<sup>13</sup> die Routinen der beteiligten Akteur\*innen werden unsicher. Dabei müssen Bedrohungen, wie der Historiker Ewald Frie und der Soziologe Boris Nieswand, die beide eng mit dem SFB verbunden waren, ausführen,

»wahrgenommen, geglaubt und gespürt werden, damit sie wirksam werden. Eine Behauptung allein reicht nicht aus, um Verhaltenserwartungen, Routinen und Verlässlichkeiten in Zweifel zu ziehen, um zeitliche Verdichtung und emotionale Veränderung zu erzeugen. Bedrohungen rekurren deshalb notwendig sowohl auf konkrete Ereignisse und Gegebenheiten in der beobachtbaren Welt, die sie als alarmierende Realitätsbeschreibung evident und plausibel werden lassen.«<sup>14</sup>

Ewald Frie und Mischa Meier, letzterer auch Historiker und der Sprecher des SFB 923 in der dritten Phase, stellen heraus, dass dabei eine Bedrohung

»nicht nur Gefahr, sondern auch Verheißung sein [kann] – je nach Beobachtungsstandpunkt und Interesse. Denn Ordnungen können

13 Vgl. Frie/Nieswand 2017, S. 7.

14 Ebd.

gerecht oder ungerecht, menschenfreundlich oder menschenverachtend sein. [...] Was dem einen Angst macht, lässt den anderen Hoffnung schöpfen«. <sup>15</sup>

Für die Situation um das Jahr 2015 ist gerade der Begriff der Bedrohung allerdings problematisch, da er Teile des Forschungsfeldes stark strukturiert – beispielsweise wird das Narrativ der Migration als Bedrohung an vielen Stellen wiederholt und erneuert. Trotzdem: Es ist kein langsames Hineingleiten über mehrere Jahre, sondern die aufgeheizte Stimmung um das Jahr 2015, die unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Einschätzungen dessen, was eigentlich als Bedrohung eingeordnet werden kann, breiten sich explosionsartig aus. Das setzte verschiedene Prozesse der Mobilisierung in Gang, bei denen in kurzer Zeit Menschen überzeugt und Ressourcen für das gemeinsame Ziel organisiert werden, die im folgenden Kapitel umrissen werden. <sup>16</sup>

Ich schlage vor, Lessenichs Gedanken zur Externalisierungsgesellschaft mit den Begriffen, die ich in Kapitel 3 und 4 entwickelt habe, zu erweitern. Aus dieser Perspektive werden nicht nur die Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Phänomenen deutlich. Sie ermöglicht es auch, einen Blick auf die *präsentischen* und *repräsentistischen* Praktiken zu werfen, die in den unterschiedlichen Mobilisierungen eine Rolle gespielt haben. Die *präsentischen* Praktiken der Unterstützung stellten die Externalisierung mit affektiv involvierten, lokalen und pragmatischen Internalisierung der Geflüchteten in die Gesellschaft ganz praktisch infrage. Gleichzeitig spielten bei der Verteidigung der Externalisierungsgesellschaft sowohl *repräsentistische* als auch *präsentische* Strategien eine Rolle.

---

15 Frie/Meier/Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen.« (Hg.) 2014, S. 5.

16 Vgl. Frie/Nieswand 2017, S. 12f.

## 5.1 Rassistische Mobilisierungen und die Restrukturierung des Grenzregimes

Sabine Hess beschreibt die Genese des europäischen Grenzregimes meines Erachtens am prägnantesten. Sie schreibt, dass die Regierungen der europäischen Staaten in den letzten Jahrzehnten den Versuch unternommen haben,

»ein höchst selektives, mehrstufiges und weit über die EU hinausreichendes Grenzregime zu etablieren. [...] Der Ausbau des Binnenmarktes und damit einhergehend der Binnenfreizügigkeit wurde verbunden mit einer Politik der selektiven Mobilitätskontrolle nach außen sowie mit einer rigiden Abschottung gegenüber jenen Weltgegenden, die nicht in die neoliberale, postkoloniale Logik passten.«<sup>17</sup>

Bei der Ausgestaltung der Abschottung – das sei hier besonders hervorgehoben – spielt Deutschland eine entscheidende Rolle. Denn offensichtlich dienen Mechanismen wie die Dublin-Abkommen dazu, dass Geflüchtete relativ schnell an die Länder abgeschoben werden können, in denen sie die europäischen Grenzen als Erstes überquert haben, also vor allem die Länder im Süden und Osten der EU. So ist es quasi unmöglich, legal auf dem Landweg nach Deutschland einzureisen. Deutschland ist ein zentraler Akteur, der die Abschottungsstrategie der Europäischen Union maßgeblich mit vorantreibt.<sup>18</sup>

Diese Institutionen des europäischen Grenzregimes wurden schon seit einiger Zeit herausgefordert: Seit Ende des Jahres 2010 breiteten sich die Protestbewegungen des *arabischen Frühlings* rasend schnell aus und erfasste mit der Zeit immer mehr Gesellschaften im Norden Afrikas und dem Nahen Osten. In mehreren Ländern endeten die demokratischen

17 Hess u.a. 2017, S. 6.

18 Vgl. u.a. Schwiertz, Helge/Ratfish, Philipp: Rassismus und anti-migrantische Bewegungen im deutsch-europäischen Migrationsregime. In: Hess, Sabine u.a. (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. 2. Auflage. Hamburg 2017, S. 151–162.

Aufbrüche in blutigen Bürgerkriegen oder dem Erstarken autoritär-militaristischer Kräfte, was in der Folge viele Menschen dazu bewogte, die Länder in Richtung Europa – und damit oftmals über das Mittelmeer – zu verlassen. Nach mehreren Bootsunglücken bei der italienischen Insel Lampedusa wurde von Oktober 2013 bis Oktober 2014 die italienische Notfall-Rettungsmission *Mare Nostrum* ins Leben gerufen, mit dem Ziel, das Leben der Geflüchteten zu retten. Die *International Organization for Migration* (IOM) schätzt, dass dadurch 150 000 Menschen gerettet wurden.<sup>19</sup> *Mare Nostrum* wurde nach ihrem Auslaufen von der Frontex-Mission *Triton* ersetzt, deren Ziel nicht mehr die Seenotrettung, sondern explizit die Grenzsicherung war.<sup>20</sup> Trotzdem kamen, wie Sabine Hess et al. mit Bezug auf den UNHCR feststellen, »2014 insgesamt etwa 220.000 und im ersten Halbjahr 2015 bereits weitere 150.000 Flucht\_Migrant\_innen über das Mittelmeer«<sup>21</sup>. Da sich die Staaten von Kerneuropa weigerten, die Geflüchteten fair zu verteilen, fingen die Länder Südeuropas an, »Dublin zunehmend ›laxer‹ anzuwenden. Dabei gingen sie so weit, Flüchtenden Busse bereitzustellen, die sie weiter in den Norden transportierten. De facto hatte das Dublin-System bereits vor Jahren aufgehört zu funktionieren«<sup>22</sup>. Den Migrationsbewegungen von 2015 war es schließlich mit einer neuen Intensität gelungen, die hochgerüsteten europäischen Grenzanlagen zu überwinden. Beobachter\*innen der Situation wie Sonja Buckel et al. konstatieren daher exemplarisch:

»Die hunderttausendfachen kollektiven Grenzübertritte in den Sommermonaten des Jahres 2015 und die umfangreiche solidarische Unterstützung der Ankommenden durch Transport, Unterbringung,

19 Vgl. die entsprechende Pressemitteilung »IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation: ›Not a Migrant Pull Factor‹«, URL: [iom.int/news/](https://iom.int/news/) (Zugriff: 14.12.2023).

20 Vgl. dazu das Statement des European Council on Refugees and Exiles (ECRE) »MareNostrum to end – New Frontex operation will not ensure rescue of migrants in international waters«, URL: <https://ecre.org/> (Zugriff: 14.12.2023).

21 Hess u.a. 2017, S. 10.

22 Ebd.



Sachspenden und Sprachmittlung sowie das Willkommenheißen haben die Imagination der Grenze der europäischen Gesellschaften ins Wanken gebracht.<sup>23</sup>

Die Mechanismen der Externalisierungsgesellschaft – institutionelle wie alltägliche – wurden also durch die anhaltende Migrationsbewegung und die sie begleitende zivilgesellschaftliche Mobilisierung der Unterstützung tiefgreifend erschüttert. Die Folge ist allerdings ein deutlicher Restrukturierungsprozess des europäischen Grenzregimes, der die weitere Militarisierung der Grenzanlagen genauso einschließt, wie die Verlagerung der Abschottung über die Grenzen Europas hinaus, wie der Sozialwissenschaftler Olaf Tietje feststellt:

»Die Grenzen des Wohlstands werden immer stärker auch dadurch gesichert, dass Grenzkontrollen bereits im Mittelmeer und/oder durch Drittstaaten mit finanzieller und logistischer Unterstützung, etwa der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, vorgenommen werden. Menschen sollen gar nicht erst an die Grenzen der Europäischen Union gelangen.«<sup>24</sup>

Als Reaktion auf die Migrationsbewegung von 2015 wurden die Kontrollen auf der Balkanroute verschärft und das Abkommen mit der Türkei geschlossen, die seitdem gegen einen Milliardenbetrag der EU Geflüchtete speziell aus Syrien an der Weiterreise nach Europa hindert. Die Kooperation mit der libyschen Küstenwache, die sich aus den Resten verrohter Milizen zusammensetzt, will die EU noch weiter ausbauen.<sup>25</sup> Das Mittelmeer ist in der Folge dieses Restrukturierungsprozesses zu der tödlichsten Grenze der Welt geworden, an der inzwischen jährlich

23 Buckel, Sonja u.a.: Der lange Sommer der Migration als ein Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe. In: Buckel, Sonja u.a. (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015: Zur Transformation des europäischen Migrationsregimes, Kultur und soziale Praxis. Bielefeld, Germany 2021, S. 7–28, hier S. 7.

24 Tietje 2021, S. 13.

25 Vgl. Stratmann, Lara/Brandstätter, Elke: Bundesregierung setzt weiter auf Libyen. Tagesschau, 28.07.2022.

Tausende Menschen auf der Suche nach Schutz ertrinken, wie der *Atlas der Migration* anschaulich beschreibt.<sup>26</sup> Von den knapp 85.000 Menschen, die 2022 in den ersten 8 Monaten versuchten, das Mittelmeer Richtung Europa zu überqueren, wurden über 14.000 von der libyschen Küstenwache gefangen und viele, wie der Journalist Christian Jakob recherchiert hat, »nach ihrer Ankunft wieder in Folterlager gesperrt«.<sup>27</sup> Über 1200 Menschen sind bei dem Versuch allein 2022 gestorben. Statt noch mehr Menschen vor dem sicheren Tod zu retten und ein humanes Asylverfahren zu ermöglichen, militarisiert und brutalisiert die EU das sogenannte *Migrationsmanagement*. Zwischen »2015 und 2020 [wurde] das [deutsche] Asyl- und Aufenthaltsrecht in dreizehn Gesetzgebungsverfahren sowie zahlreichen administrativen Veränderungen erheblich verschärft«,<sup>28</sup> wie Maximilian Pichl herausgearbeitet hat: »Die Rechtspositionen von Asylsuchenden, Geduldeten und selbst anerkannten Schutzberechtigten haben sich verschlechtert. Eine Renaissance des deutschen Lagersystems, rigorosere Abschiebungen und weniger Rechtsschutzmöglichkeiten sind die Folge dieser Politik«,<sup>29</sup> Sabine Hess stellt hierzu fest, dass mit

»der Aufrüstung von Grenzen durch manifeste Architekturen [...] die smarten und intelligenten Technologien der Überwachung und Migrationssteuerung wieder um sehr materielle Aspekte ergänzt und teils durch sie ersetzt [werden]. [...] Informelle, illiberale und auch illegale Praktiken, sei es im Zusammenhang mit Aufnahme-prozeduren in den Hot-Spot-Centern entlang der Außengrenze oder mit

- 
- 26 Vgl. Bussemer, Johanna u.a.: Wo Kriminalisierung droht. In: *Atlas der Migration. Neue Daten und Fakten über Menschen in Bewegung*. Berlin 2022, S. 24–25, hier S. 25.
- 27 Jakob, Christian: Flüchtlinge auf dem Mittelmeer. Notrufe bleiben unbeantwortet. In: *Die Tageszeitung: taz*, 01.09.2022.
- 28 Pichl, Maximilian: Rechtskämpfe gegen die Asylrechtsverschärfungen. Die juristischen Auseinandersetzungen um die deutschen Asyl- und Migrationspakete zwischen 2015 und 2020. In: Buckel, Sonja u.a. (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015: Zur Transformation des europäischen Migrationsregimes, Kultur und soziale Praxis*. Bielefeld 2021, S. 125–156, hier S. 125.
- 29 Ebd., S. 125f.

Blick auf die Push-Back-Politiken auf See wie auf Landwegen, haben den Prozess der Verrechtlichung des Grenzregimes wieder zurückgedrängt. So müssen wir heute eher von einer »nekropolitischen Grenze« (Mbembe 2003) sprechen, welche die Politik des Sterben-Lassens im Mittelmeer genauso umfasst wie die systemische direkte, interpersonale Gewalt in den libyschen Lagern oder den EU-Grenzräumen auf dem Balkan«. <sup>30</sup>

Die antimigrantische Rhetorik richtete sich zunehmend gegen die zivilgesellschaftliche Mobilisierung der Unterstützung für Geflüchtete. So beklagte sich der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt 2018 öffentlich über eine »Anti-Abschiebe-Industrie«, <sup>31</sup> die mit juristischen Mitteln versuche, Abschiebungen zu verhindern. Im selben Jahr wurden, wie Olaf Tietje feststellt, »mit der Einführung von Ankunft und AnKER-Zentren gewaltfördernde Faktoren wie Massenunterbringung, Isolation sowie erleichterte Abschiebemöglichkeiten fokussiert«, <sup>32</sup> die den Kontakt zu Unterstützer\*innen verunmöglichen sollten. Die Crews ziviler Seenotrettungsschiffe, die 2022 mit rund 15 Schiffen so stark auf dem Mittelmeer vertreten sind, wie nie zuvor, <sup>33</sup> müssen immer mehr damit rechnen, dass ihre Schiffe festgesetzt und ihnen selbst strafrechtliche Prozesse drohen, wie es Konstantin Zimmermann in der *Zeit* festgestellt hat. <sup>34</sup> Der Prozess der Restrukturierung des europäischen Grenzregimes besteht also im Wesentlichen aus *repräsentistischen* Kommunikationsstrategien, die auf die Verschärfung wesentlicher Policies zielen. Diese entfalten im weiteren Verlauf eine deutliche *präsentische* Wirkung, wenn beispielsweise durch die Einrichtung von AnKER-Zentren Kontakte zwischen Geflüchteten und Aktiven gezielt unmöglich

30 Hess/Schmidt-Sembdner 2021, S. 201f.

31 Alexander Dobrindt: CSU-Landesgruppenchef beklagt »Anti-Abschiebe-Industrie«. In: Der Spiegel, 06.05.2018.

32 Tietje 2021, S. 16.

33 Vgl. Jakob 01.09.2022.

34 Vgl. Zimmermann, Konstantin/dpa: Italien: Prozess gegen vier deutsche Seenotretter unterbrochen. In: Die Zeit, 16.06.2022.

gemacht werden, zivile Seenotrettung behindert und die Bedingungen für eine Migration nach Europa deutlich erschwert werden.

Gleichzeitig häuften sich rassistische Mobilisierungen, während die Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte drastisch anstieg.<sup>35</sup> Städtenamen wie Schneeberg, Freital, Tröglitz und Heidenau sind zum Synonym dieser Gewaltausbrüche geworden.<sup>36</sup> Mit Bernd Lucke verließ ein relevanter Teil des wirtschaftsliberalen Flügels die rechte Sammel-Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), die sich in der Folge deutlich nach rechts entwickelte, wobei der Fokus auf antimigrantische Politiken eine wesentliche Rolle spielte. Die neo-orientalistische, rassistische Vereinigung *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) radikalisierte sich im Laufe des Jahres 2015. Gleichzeitig machte die extrem rechte *Identitäre Bewegung* (IB) auf Demonstrationen und Aktionen mit Slogans wie »Festung Europa – Macht die Grenzen dicht« oder »Europa verteidigen« auf sich aufmerksam. Ein deutscher Bundeswehrsoldat ließ sich als syrischer Geflüchteter registrieren, sammelte Waffen für einen Anschlag und flog nur durch Zufall auf.<sup>37</sup> Für die Regierungen in Mittel- und Südosteuropa, Slowenien und Österreich wurde 2015 zunehmend zur Chiffre für eine als Bedrohung wahrgenommene Migrationsbewegung.<sup>38</sup> Die Herausgeber\*innen des Sammelbandes *Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015* Sonja Buckel et al. stellen dazu fest:

»Der ›lange Sommer der Migration‹ steht diskursiv nun dem Sommer 2015, der sich nicht wiederholen soll, entgegen. Seither ist er als (Droh-)Szenario gesellschaftlich und politisch abrufbar, sobald

35 Vgl. ProAsyl: 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge. Frankfurt a.M. 13.01.2016. URL: <https://proasyl.de> (Zugriff: 17.02.2024).

36 Vgl. Gensing, Patrick: »Anti-Asyl-Bürgerinitiativen« – vom Netz auf die Straße. Tagesschau 08.10.2015.

37 Vgl. BGH weist Revision zurück: Terror-Urteil gegen Bundeswehroffizier Franco A. rechtskräftig. Hessenschau. Frankfurt a.M. 24.08.2023.

38 Vgl. Wölfl, Adelheid: »Nie wieder 2015« als Motto zum Umgang mit Migration aus Afghanistan. DER STANDARD. Wien 08.09.2021.

die andauernd umkämpften Situationen an den Grenzen mediale Aufmerksamkeit erhalten«.<sup>39</sup>

Die *IB Österreich* mobilisierte explizit mit dem Slogan »Nie wieder 2015« Freiwillige an die Grenze, die Geflüchtete auf eigene Faust vom Grenzübertritt abhalten wollen.<sup>40</sup> Auch ein Hinweis darauf, dass es sich bei den antimigrantischen Mobilisierungen um ein Phänomen handelt, das sich an vielen Stellen in Europa beobachten ließ.<sup>41</sup> Das internationale Forschungsprojekt *CuRe* entwirft den Begriff der *Ablehnungskulturen* als Gegenbegriff zu dem Begriff der *Willkommenskultur*, um die antimigrantischen Mobilisierungen als Teil einer breiteren gesellschaftlichen Entwicklung fassen zu können, und sie nicht als reine Reaktion auf die Migrationsbewegungen zu deuten.<sup>42</sup> Als Ablehnungskulturen begreifen sie dabei Praktiken, Diskurse und kulturelle Formationen, die als Gegenbewegung zu Prozessen der Demokratisierung durch die Ablehnung bestimmter soziokultureller Objekte konstituieren, wobei dabei die Ablehnung von Migration eine wesentliche Rolle spielt – Migrant\*innen also oftmals das geteilte Objekt der Ablehnung darstellen.<sup>43</sup> Sie verstehen die Ablehnungskulturen dabei nicht nur als kurzfristigen Protest, sondern als längerfristige Lebensweise. Auch die Soziolog\*innen Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzer betonen in ihrer umfangreichen Studie *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*, dass die rassistischen Mobilisierungen um das Jahr 2015 einen schon länger andauernden Prozess der »Ausdifferenzierung und Dynamisierung«<sup>44</sup> rechter Bedrohungsallianzen fortsetzen, der bereits lange andauert. Die Soziologin Sabine Hark beschreibt im Anschluss an Heitmeyer et al. mit

39 Buckel u.a. 2021, S. 7f.

40 Vgl. Schocher, Stefan: Wenn Grenzen verschwimmen. In: nd-aktuell, 29.11.2021.

41 Vgl. Bojadžijev, Manuela/Opratko, Benjamin: Introducing ›cultures of rejection‹: an investigation of the conditions of acceptability of right-wing politics in Europe. In: *Patterns of Prejudice* 56 (2022), H. 4–5, S. 205–218, hier S. 206.

42 Vgl. ebd., S. 211.

43 Vgl. ebd., S. 212–215.

44 Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter: *Rechte Bedrohungsallianzen: Signaturen der Bedrohung II*, edition suhrkamp. Berlin 2020, S. 278.

dem Begriff der *rohen Bürgerlichkeit* ein weitgehend identisches Set alltäglicher Praktiken, bei dem der Zusammenhang mit der Externalisierungsgesellschaft mit der Ablehnung konkreter Anderer einhergeht:

»Eine Bürgerlichkeit passgenau eingefügt in eine in Zonen der Ge-  
deihlichkeit und Prosperität und solche der Dürre und Knappheit  
aufgespaltene Welt. [...] Rohe Bürgerlichkeit ist der Antipode zu  
demokratischer Empathie, der manifeste Ausdruck roher gesell-  
schaftlicher Verhältnisse und Ausdruck der Bereitschaft, das soziale  
Band mit den anderen zu kapfen.«<sup>45</sup>

In den rassistischen Mobilisierungen spielen also sowohl *präsentische* als auch eine *repräsentistische* Strategien eine Rolle. Die rassistische Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte, stellt einen idealtypischen Antagonismus zur Sorge dar, indem sie Menschen konkret von den Voraussetzungen der alltäglichen Reproduktion des Lebens radikal abzuschneiden versucht. Diese *präsentische* Praxis wird durch *repräsentistische* Diskursstrategien flankiert, die darauf ausgerichtet sind, bestehende antimigrantische Ressentiments und neo-orientalistische Fremdbilder zu verschärfen (vgl. Kapitel 2).

Auch lokal lassen sich die Ausläufer solcher antimigrantischer Ablehnungskulturen beobachten. Im Juni 2015 gab es Proteste gegen eine geplante Unterkunft für Geflüchtete in Pliezhausen im Regierungsbezirk Tübingen. Dabei ging es den Protestierenden nicht in erster Linie um die schlechten Bedingungen für die Bewohner\*innen der Sammelunterkunft. Vielmehr waren sie besorgt, es könne durch die Unterkunft in ihrer Nähe zu »Lärmbelästigung«, »Vermüllung«, »Gewalttätigkeit« oder »sexuelle[r] Belästigung« kommen und dadurch letztendlich der Wert ihrer Wohn-Immobilien gesenkt werden.<sup>46</sup> Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer fiel in dieser Zeit vor allem durch die

45 Hark 2022.

46 Vgl. Leserbrief von Sol Sena, 03.07.2015, Schwäbisches Tagblatt und Leserbrief von Gerhard Botzenhardt, 27.06.2015, Schwäbisches Tagblatt.

Beiträge auf seiner Facebook-Seite auf, die sich wie Nikolai Huke herausarbeitet, »durch stereotype und rassifizierende Fremdgruppenkonstruktionen«<sup>47</sup> auszeichneten und die laufenden Moralpaniken<sup>48</sup> noch zuspitzten. Anfang 2016 plädierte Palmer in einem Interview mit dem Spiegel ganz explizit dafür, dass die europäischen Grenzen mit »einem Zaun und bewaffneten Grenzern gesichert werden, um deutlich mehr Flüchtlinge als bislang abzuweisen«.<sup>49</sup> In dem gleichen Artikel riet er seinen Parteigenoss\*innen dazu, der geplanten Gesetzesverschärfung des Asylgesetzes zuzustimmen. An unterschiedlichen Stellen nahmen also Einzelpersonen und Gruppen die Ankunft der Geflüchteten zum Anlass, um gesellschaftliche Situationen zuzuspitzen, indem sie an Einstellungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung appellieren. Das bot ebenso die Grundlage für antimigrantische Politiken wie für offene Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte, wie es Heitmeyer et al. beschreiben.<sup>50</sup>

## 5.2 Die zivilgesellschaftliche Bewegung der Unterstützung

Die massenhafte Bewegung der Migration wurde um das Jahr 2015 in Deutschland und in vielen Teilen Europas<sup>51</sup> von einer weiteren Massenbewegung begleitet: der massenhaften, zivilgesellschaftlichen

47 Huke, Nikolai: »Die neue Angst vorm schwarzen Mann«. Moralpaniken als Reaktion auf Geflüchtete im Regierungsbezirk Tübingen. In: *s u b \u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung* 7 (2019a), H. Heft 1/2, S. 69–92, hier S. 88.

48 Huke führt das Konzept der Moralpaniken mit Verweis auf Fitzgerald und Smoczynski folgendermaßen aus: »Moralpanik bezeichnet einen Prozess, in dem ein mit Kriminalität verknüpft Ereignis zum Symbol eines breiteren Prozesses des Verfalls, der sozialen Desintegration und der Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird«, siehe Huke, Nikolai: »Die neue Angst vorm schwarzen Mann«. Moralpaniken als Reaktion auf Geflüchtete im Regierungsbezirk Tübingen«, *s u b \u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/Heft 1/2 (2019), S. 69–92, hier S. 71.

49 Vgl. Grüner Palmer will mehr Flüchtlinge abweisen. In: Spiegel, 13.02.2016.

50 Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, S. 59.

51 Vgl. Bojadžijev/Opratko 2022, S. 209.

Bewegung der Unterstützung der Ankommenden. Der Historiker Jan Plamper schreibt dazu:

»Münchner aus allen Schichten begrüßten die Neuankömmlinge in den ›Trains of Hope‹ am Hauptbahnhof mit Wasser und Essen, sie verteilten Plüschspielzeug an die Kinder. In ganz Bayern setzten sich Leute in ihre Autos, um Geflüchtete aus Ungarn über Österreich nach Deutschland zu bringen, in der *Zeit* erklärte ein Juraprofessor, wie deutsche Touristen Geflüchtete aus dem Italienurlaub mitnehmen können, ohne sich strafbar zu machen. In Hamburg trafen 1000 Geflüchtete ein, zur Erstaufnahmeeinrichtung kamen spontan 400 Hilfsbereite [...].«<sup>52</sup>

Plamper führt hier nur eine Handvoll Beispiele für ein Phänomen an, das 2015 erstaunlich weite Teile der Gesellschaft erfasste. An der Mobilisierung der Unterstützung beteiligten sich ungefähr 5 Millionen Menschen und realisierten um die 15 000 verschiedene Projekte in Deutschland – eine bis dahin auf dem Feld der Unterstützung für Geflüchtete unbekannte Massenbewegung.<sup>53</sup> Diese Massenbewegung bekam – auch das war für den deutschen Kontext alles andere als selbstverständlich – eine relativ breite Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen politischer Entscheidungsträger\*innen und gesellschaftlicher Institutionen und ein bemerkenswert breites Interesse in der Presseberichterstattung. Darin reiht sich der spontane Ausspruch der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. September 2015 ein: »Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.«<sup>54</sup> Ihr

52 Plamper 2019, S. 309f.

53 Vgl. hierzu Schiffauer, Werner: Einleitung. Eine neue Bürgerbewegung. In: Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld 2017, S. 13–35.

54 Seibt, Gustav: Der seltene Gefühlsausbruch der Kanzlerin. Merkel zur Flüchtlingsdebatte. In: Süddeutsche Zeitung, 09.2015.



zuversichtlicher Ausspruch »Wir schaffen das!« auf der gleichen Pressekonzferenz stieß auf eine enorme öffentliche Resonanz und wurde medial mit den Menschenmengen am Münchner Bahnhof zusammengeführt, die die ankommenden Geflüchteten mit Applaus und freudigen Begrüßungsgesten empfangen. Er wurde quasi zum Slogan weiter Teile der Unterstützungsbewegung. Für eine kurze Zeit schien es, als ob die überwiegende Mehrheit in Deutschland das Selbstverständnis der Kanzlerin teilte. Die Situation »barg für kurze Zeit die Hoffnung, dass es in Deutschland zu einer breiten gesellschaftlichen Anerkennung migrationsgesellschaftlicher Verhältnisse und humanitärer Verantwortung kommen könnte«, <sup>55</sup> wie der Soziologe Boris Nieswand bemerkt.

Im Laufe des Jahres 2015 entwickelte sich der Begriff der *Willkommenskultur*, der um die 2000er-Jahre von deutschen Wirtschafts- und Industrieverbänden zur Verbesserung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte etabliert wurde, »in den Medien als Label für das zivilgesellschaftliche Engagement der Flüchtlingshilfe« <sup>56</sup> und wurde vermehrt von selbstorganisierten Initiativen bis zu politischen Vertreter\*innen aufgegriffen, um das Engagement in der Unterstützung zu beschreiben. Doch der Begriff birgt einige Schwierigkeiten. So betonen etwa die Autor\*innen des Sammelbandes *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch*, <sup>57</sup> dass der Begriff der *Willkommenskultur* den Unterschied zwischen »Einheimischen und Neubürger\*innen« festschreibt. <sup>58</sup> Auch von der Wortbedeutung her, greift der Begriff der *Willkommenskultur* tendenziell zu kurz: Zwar weist er auf die grundsätzliche Offenheit hin, mit der viele den Geflüchteten begegneten, allerdings ging ein wesentlicher Teil der Unterstützungspraktiken deutlich über das bloße Willkommenheißen hinaus. Der Kulturbegriff wiederum verweist zwar auf die grundsätzliche Verknüpfung mit dem Alltag, aber hinter

55 Nieswand, Boris: Konturen einer Moralsoziologie der Migrationsgesellschaft. In: Zeitschrift für Migrationsforschung Bd. 1 Nr. 1 (2021), S. 75–95 Seiten, hier S. 76.

56 Sutter 2019, S. 313f.

57 Vgl. Schiffauer 2017.

58 Ebd., S. 14.

der eher diffusen Begrifflichkeit der *Kultur* verschwindet die bemerkenswerte Dynamik der massenhaften Mobilisierung. Und doch trägt die verbreitete Verwendung der *Willkommenskultur* auch als Selbstbeschreibung der Aktiven einem wesentlichen Umstand Rechnung: Zwar ist die Unterstützung für Geflüchtete kein neues Phänomen in der Bundesrepublik, und doch unterschied sich die Mobilisierung der Unterstützung um das Jahr 2015 grundlegend von ähnlich gelagerten Mobilisierungen und Bewegungen. Serhat Karakayali bemerkt dazu: »Während Einzelpersonen und Gruppen bereits seit den 1960er-Jahren Flüchtlingen aus politischen Gründen geholfen oder unterstützt hatten, wurde die Flüchtlingssolidarität erst ab den 1990er-Jahren zu einer regelrechten sozialen Bewegung.«<sup>59</sup> Sonja Buckel et al. beschreiben, dass darin selbstorganisierte Geflüchtetengruppen, Asylrechtsanwält\*innen, Kirchengemeinden und antirassistische Netzwerke eine wesentliche Rolle spielten, denen es immer wieder gelungen war, das europäische Grenzregime mit ihrer *präsentischen* Unterstützungspraktiken und unterschiedlichen *repräsentistischen* Strategien zu unterlaufen und unter Druck zu setzen.<sup>60</sup>

Karakayali sieht einen expliziten Unterschied zu der »Bewegung für ›Flüchtlingssolidarität‹«<sup>61</sup> der 1990er- und 2000er-Jahre, die sich als eine soziale Bewegung »im herkömmlichen Sinne«,<sup>62</sup> mit einem deutlich *repräsentistischen* Repertoire an Protest-, Organisierungs- und Selbstverständnisformen, beschreiben lässt. Die Reichweite der Bewegung für Flüchtlingssolidarität war deutlich begrenzt. Ein lokal-historisches Beispiel unterstreicht diese Beobachtung. So schrieben auch Aktivist\*innen des Unterstützungskreises bei der Besetzung der Stiftskirche in Tübingen durch ca. 200 Roma im Jahr 1990: »Der Verlauf der Aktion und auch die Unterstützungsarbeit haben uns klargemacht, wie wenig wir als UnterstützerInnen aus dem linksradikalen Spektrum

---

59 Karakayali 2017, S. 17.

60 Buckel u.a. 2021, S. 8f.

61 Karakayali 2017, S. 17.

62 Ebd., S. 23.

allein [...] den gesellschaftlichen Druck erzeugen können [...]«. <sup>63</sup> Spätestens seit 2015 hat sich die soziodemografische Zusammensetzung der Unterstützer\*innen deutlich verändert. Die Bewegung hat sich »zu einer breite Bevölkerungsschichten umfassenden zivilgesellschaftlichen Bewegung« <sup>64</sup> entwickelt, die diverse Konstellationen von Akteur\*innen umfasst, wie es der Politikwissenschaftler Nikolai Huke ausführt:

»Kirchliche Strukturen, antirassistische Initiativen, karitative Organisationen, aber auch Teile der radikalen Linken wirkten innerhalb der Bewegung strukturierend, indem sie personelle Ressourcen, Räume und Erfahrungen zur Verfügung stellten. Durch zahlreiche neue Aktive und spontan entstandene Organisationsformen (z.B. Nothilfe an Bahnhöfen) wies der Aktivismus jedoch deutlich über zuvor bestehende Strukturen hinaus.« <sup>65</sup>

Die soziale Bewegung der Flüchtlingssolidarität der 1990er- und 2000er-Jahre verortete sich selbst als »Teil der antirassistischen Linken« <sup>66</sup> und nahm für sich in Anspruch, für oder mit den politischen Subjekten zu sprechen, die vom bundesdeutschen Rassismus betroffen waren. Ihre Aktionsformen zielten sehr deutlich auf das Feld der politischen Repräsentation ab, wie Flugblätter, Demonstrationen, Mahnwachen oder Kundgebungen. Gleichzeitig spielte in der antirassistischen Bewegung in der Bundesrepublik der *präsentische* Aufbau konkreter Unterstützungsstrukturen eine wichtige Rolle. <sup>67</sup> In der Mobilisierung

63 Borge, Tomàs: Antirassistische Arbeit – Linksradikaler Anspruch und realpolitische Praxis. Erfahrungen einer UnterstützerInnengruppe. In: »Ein Herrenvolk von Untertanen«. Rassismus – Nationalismus – Sexismus. Duisburg 1992. URL: <https://www.diss-duisburg.de/> (Zugriff: 14.02.2024).

64 Karakayali 2017, S. 23.

65 Huke, Nikolai: Teilhabe trotz staatlicher Ausgrenzungspolitik. Die soziale Bewegung der Flüchtlingssolidarität. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32(3) (2019b), S. 394–407, hier S. 396.

66 Karakayali 2017, S. 17.

67 Vgl. u.a. Buckel u.a. 2021, S. 9.

um 2015 stand genau diese affektive, lokale und pragmatische »Not-hilfe [...] und Alltagsbegleitung von Geflüchteten [...] im Mittelpunkt der Unterstützungsarbeit«,<sup>68</sup> wie auch Huke betont. Die *präsentischen* Unterstützungspraktiken reichten von Kleider- und Sachspenden, über das Weiterverteilen wichtiger Informationen, die konkrete Hilfe bei der Suche nach Wohnungen oder Arbeitsstellen, der Vermittlung und Organisation von Deutschkursen, der Vermittlung von Kontakt zu Anwält\*innen, Organisation von Kinderprogramm und Willkommens-Festen.

Schiffauer et al. weisen in ihrer umfangreichen Studie auf ein wesentliches Merkmal der Unterstützungsbewegung hin: »Viele der hier [in dem Sammelband] vorgestellten Initiativen wenden sich [...] unterschiedslos an Neuankommende und weigern sich mit zivilgesellschaftlichem Selbstbewusstsein, staatlichen Vorgaben Rechnung zu tragen.«<sup>69</sup> Sie richten sich also explizit gegen die Anrufungen der Externalisierung, gegen die staatlichen Praktiken des Ausschlusses. Das Füreinander-Sorgetragen, das im Zentrum der Unterstützungspraxis stand (siehe Kapitel 4), zielte vielmehr darauf ab, die Geflüchteten hineinzunehmen in eine weiterreichende Wir-Gruppe, sich affektiv und praktisch gemein zu machen und die bestehenden Menschenrechte dafür einzufordern. Oder wie es Schiffauer et al. beschreiben: »In die kommunale Gemeinschaft sollte jede\_r einbezogen werden, der\_die dort wohnt – und korrespondierend keine\_r ausgeschlossen werden.«<sup>70</sup> Im Gegensatz zu den Allianzen, die eine Verschärfung der Externalisierung forcierten (siehe Kapitel 5.1), zielten die vielfältigen Allianzen der Unterstützung auf die affektive, lokale und pragmatische Internalisierung der Geflüchteten.

Mit der außerordentlichen Breite und Reichweite der zivilgesellschaftlichen Bewegung ging einher, dass sie zwar einen wesentlichen Teil der Sorgetätigkeiten stemmen konnte, die notwendig waren, um eine so große Zahl an Menschen aufzunehmen, sie aber über wenige Strukturen und Orte verfügte, an denen über gemeinsame Strategien

68 Huke 2019b, S. 396.

69 Schiffauer 2017, S. 22.

70 Ebd., S. 18.

oder Taktiken diskutiert werden konnte (siehe Kapitel 6.3.1). Die Überlegungen des Sozialwissenschaftlers Dieter Rucht können an dieser Stelle weiterhelfen, um diesen Umstand genauer zu fassen zu kriegen. Er schreibt:

»In Alltagstheorien, aber auch in der Bewegungsliteratur findet sich die Auffassung, je ausgeprägter und fester die kollektive Identität einer sozialen Bewegung, desto stärker – *ceteris paribus* – erweise sich die Bewegung in der politischen Auseinandersetzung. Eine starke Identität begünstige die Identifikation der Aktivisten mit den Zielen und sozialen Trägern der Bewegung, festige deren inneren Zusammenhalt, verleihe ihr klare Konturen in der Außendarstellung und eine ebenso klare Stoßrichtung. Gegen diese zunächst plausibel erscheinende Annahme vertrete ich [...] eine andere These: Schwache Identitäten von sozialen Bewegungen sind Ausdruck grundlegender historischer Wandlungen; darüber hinaus bieten sie Vorteile im Zuge heutiger Protestmobilisierung.«<sup>71</sup>

Er verwirft also die Annahme, eine Bewegung sei nur als solche erkennbar und politisch handlungsfähig, wenn sie über eine große innere Kohärenz und dementsprechend starke zentripetaler Kräfte verfüge. Im Gegenteil sieht Rucht eher einen allgemeinen Trend zu schwachen Bewegungsidentitäten, was er am Beispiel der Bewegung gegen die Nutzung der Atomkraft und die Castor-Transporte im Wendland verdeutlicht:

»Der Verzicht auf eine übergreifende Koordination oder gar Vereinheitlichung der Kampagne war ein wichtiger Faktor für die Breite und Vielfalt der Protestaktionen. [...] Erleichtert wurde die Beteiligung im konkreten Fall dadurch, dass der Protest nicht auf eine vordefinierte Einzelaktion beschränkt blieb, sondern eine Fülle von zudem variablen Beteiligungsmöglichkeiten bot, die teilweise auch miteinander

---

71 Rucht, Dieter: The Strength of Weak Identities. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24. Jahrgang (2011), H. 4, S. 73–84, hier S. 73.

kombinierbar sind. Unterstützer konnten Dienstleistungen erbringen, etwa die Bereitstellung und Vermittlung von Schlafplätzen, die Mithilfe in einer Suppenküche oder der ›Dienst‹ im ›alternativen‹ Pressezentrum. Sie konnten aber auch zwischen solchen Funktionen und der Protestteilnahme pendeln. Andere Aktivisten, die sich unmittelbar und vielleicht ausschließlich an Protestaktionen beteiligen wollten, wechselten ihre Einsatzorte in Abhängigkeit vom Fahrplan des Castor-Transports.«<sup>72</sup>

Die Anti-Atomkraftbewegung war also gerade aufgrund ihrer vielfältigen Anknüpfungspunkte und dem Fehlen einer zentralen Koordination so erfolgreich. Obwohl die Mobilisierung der Unterstützung um das Jahr 2015 von den politischen und soziokulturellen Milieus, die darin vertreten waren, deutlich breiter war, als die Anti-Atomkraft-Bewegung, weisen beide eine starke Dezentralität sowohl in der Organisationsstruktur, als auch in der Bewegungspraxis auf. Es gab auch 2015 sehr unterschiedliche Möglichkeiten des Engagements der Unterstützung für Geflüchtete: Aktive konnten beispielsweise *nur* Kleider spenden, oder sich kontinuierlicher in der Organisation der selbstorganisierten Kleiderkammer beteiligen. Sie konnten einmal mit einer geflüchteten Familie zu einem Anwalt gehen, oder sich an der längerfristigen Unterbringung der Familie beteiligen, wöchentliches Kinderprogramm oder Podiumsdiskussionen organisieren. Gleichzeitig fehlte eine weiterreichende Koordination der Aktivitäten genauso, wie eine übergreifende Diskussion gemeinsamer politischer Strategien. Die Mobilisierung lässt sich daher als ein Phänomen der »Transformation des Ehrenamtes von einem aktivistischen zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement«<sup>73</sup> beschreiben.

Um die große gesellschaftliche Reichweite der Mobilisierung der Unterstützung begrifflich zu fassen, schlage ich – angelehnt an den Begriff der zivilgesellschaftlichen Bewegung, wie in Serhat Karakayali verwendet – einen weiten Begriff der Zivilgesellschaft vor. Um diesen Begriff zu erläutern, muss ich etwas weiter ausholen. In der

---

72 Ebd., S. 76ff.

73 Karakayali 2017, S. 16.

theoretischen Konzeptionen des Begriffs stehen sich zwei Perspektiven gegenüber. Auf der einen Seite steht ein liberal-normatives Bedeutungsreservoir von Zivilgesellschaft, das sich aus den Auseinandersetzungen der neuen sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre speist. Speziell die antidiktatorischen sozialen Bewegungen in Lateinamerika spielen dabei eine wichtige Rolle, genauso wie philosophische Überlegungen von Jürgen Habermas. Der Historiker Jürgen Kocka unterscheidet dabei drei zentrale Merkmale dieses Verständnisses: Erstens wird hier Zivilgesellschaft mit »politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit«<sup>74</sup> in Verbindung gebracht. Zweitens spielt der zivile »Umgang miteinander, gewaltfrei und kompromissorientiert«<sup>75</sup> eine entscheidende Rolle für das Verständnis von Zivilgesellschaft. »Hierzu zählen die verfassungsrechtlich garantierten Menschen- und Grundrechte ebenso wie die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Ermöglichung menschenwürdiger Lebensumstände«.<sup>76</sup> Und drittens sind die beteiligten Akteur\*innen »im Kontext von Vereinen, Netzwerken, informellen Zirkeln, sozialen Beziehungen und Nichtregierungsorganisationen«<sup>77</sup> und damit eindeutig außerhalb des Staates angesiedelt. Damit überschneidet sich dieses Verständnis von Zivilgesellschaft sehr weit mit dem Alltagsverständnis des Begriffs. Andererseits begründen die Schriften von Antonio Gramsci eine neo-marxistische Perspektive auf Zivilgesellschaft, die den Begriff von der Seite des Staates her konzipiert. Die Zivilgesellschaft stellt aus dieser Perspektive eine dem Staat vorgelagerte Arena dar, in der gesellschaftliche Herrschaft über die Produktion von Zustimmung zu der Herrschaft sichergestellt werden muss, in der also zentral um gesellschaftliche Hegemonie gerungen wird. Hans-Jürgen Bieling schreibt dazu: »In diesen Arenen der Zivilgesellschaft werden Tag für Tag unzählige Deutungskämpfe ausgetragen,

---

74 Kocka in Zimmer, Annette: Zivilgesellschaft. In: Andersen, Uwe u.a. (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2021, S. 1053–1059, hier S. 1056.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Ebd.

über die die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse entweder ideologisch stabilisiert und reproduziert oder aber untergraben bzw. transformiert werden«. <sup>78</sup> Eine weitere wichtige Überlegung liefert Nikolai Huke. Er arbeitet heraus, dass auch der Staat nicht als monolithisch zu verstehen ist, sondern gerade aus der Perspektive asyl- und migrationspolitischer Fragen von tiefen Widersprüchen durchzogen ist: »Der Staat ist in der Folge kein homogener und das Gemeinwohl repräsentierender Akteur, sondern in eine Vielzahl konkurrierender und miteinander im politischen Konflikt stehender Apparate gespalten, in die sich jeweils unterschiedliche Kräfte erfolgreich einschreiben konnten«. <sup>79</sup> Die liberal-normative Konzeption von Zivilgesellschaft überschneidet sich in einer ganzen Reihe an Merkmalen mit dem Phänomen, um das es in dem vorliegenden Text zentral geht. Der Fokus auf Teilhabe, der zivile und kompromissorientierte Umgang miteinander, die Orientierung an Menschenrechten und dem Fokus auf die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen spielen in der Unterstützung Geflüchteter eine zentrale Rolle. Daher halte ich es für gerechtfertigt, ein Stück weit an dieser Konzeption festzuhalten, sie aber mit wesentlichen Kritikpunkten der neo-marxistischen Perspektive zu ergänzen. So lässt sich Zivilgesellschaft mit Gramsci als Arena verstehen, in der sich bestimmte Akteur\*innenkonstellationen verdichten, miteinander interagieren oder sich gegeneinander stellen. Gleichzeitig halte ich es für sinnvoll, für diese Arbeit das Verständnis von Zivilgesellschaft dahin gehend zu erweitern, sie sowohl aus der Perspektive des Staates, als auch aus der entgegengesetzten Richtung zu verstehen. Damit wird Zivilgesellschaft zu einem Terrain ohne klare Gegenüberstellung von Zivilgesellschaft und Staat, die Grenze wird durchlässig. Sowohl die konkurrierenden staatlichen Apparate, Herrschaftslogiken und -techniken des Staates, als auch der Institutionen der Selbstorganisation ragen in dieses Terrain hinein.

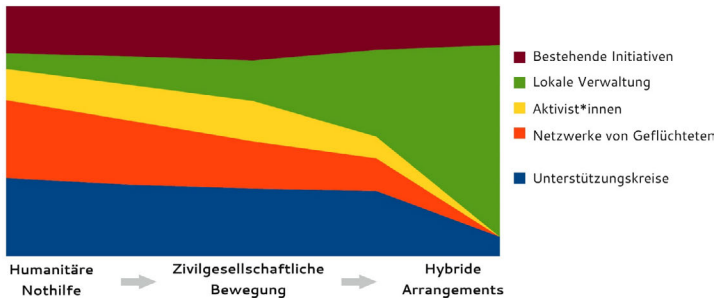
---

78 Bieling, Hans-Jürgen: Die politische Theorie des Neo-Marxismus: Antonio Gramsci. In: Brodacz, André (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung. Leverkusen-Opladen/Berlin 2001, S. S. 435–466, hier S. 448.

79 Huke 2021b, S. 91.



Abbildung 6: Eine Übersicht der unterschiedlichen Akteur\*innengruppen, die sich entlang der lokalen Analyse zeigen. Hier außerdem der Versuch, ihre Beteiligung nach dem zeitlichen Verlauf der Mobilisierung zu sortieren, also von der Zeit der Nothilfe zur Hochphase der zivilgesellschaftlichen Bewegung bis hin zu der Herausbildung hybrider Arrangements.



Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Konzeption wird an dem lokalen Fallbeispiel Tübingen besonders anschaulich, weil deutlich wird, wie weit sich die Akteur\*innenkonstellationen erstrecken konnten, die an der zivilgesellschaftlichen Bewegung der Unterstützung beteiligt waren (siehe Abbildung 6). Als Erstes fallen die vielen Einzelpersonen sowohl ohne als auch mit Fluchthintergrund ins Auge, die sich affektiv involvieren ließen (vergleiche Kapitel 6.1) und sich an der spontanen Unterstützung der Geflüchteten beteiligten. Sie konnten auf eigene freundschaftliche, nachbarschaftliche und familiäre Netzwerke vor Ort zurückgreifen (siehe Kapitel 6.2) und mobilisierten eigene finanzielle, materielle, emotionale und zeitliche Ressourcen, in vielen unterschiedlichen Formen. Inspiriert durch die erfahrene Unterstützung und gestärkt durch inzwischen erstrittene asylrechtliche Sicherheiten, beteiligen sich auch Geflüchtete selbst kontinuierlicher an der Unterstützung. Eine wichtige Rolle spielten Netzwerke von Geflüchteten, die aufgrund der Sprachkenntnisse und der freundschaftlichen oder familialen Nähe oftmals an wichtigen Stellen anderen Geflüchteten helfen konnten. Die selbstorganisierten lokalen Unterstützungskreise entstanden als relativ neue Akteurin 2015

überall in Deutschland. Luzia Köberlein, die Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration Tübingen, schrieb dazu:

»In noch viel schnellerem Tempo als die hauptamtlichen Strukturen und Angebote sind das freiwillige Engagement und Freiwilligeninitiativen für Geflüchtete gewachsen. Quasi um jede Gemeinschaftsunterkunft im Tübinger Stadtbezirk haben sich selbst organisierte Asylfreundeskreise gebildet.«<sup>80</sup>

Es beteiligen sich Menschen, die gerade erst begonnen haben, sich mit der Lage der Geflüchteten aus der Nachbarschaft auseinanderzusetzen, genauso wie schon langjährig antirassistisch Aktive. Die Unterstützungsgruppen entstanden besonders in der Nähe von Geflüchtetenunterkünften, wie ich es in Kapitel 6.2 weiter vertiefe, was sich wie bei dem *AK Kreissporthalle* oder dem *AK Shedhalle* direkt am Namen ablesen ließ. Eine beträchtliche Anzahl der Unterstützungskreise überdauerte die Hochphase der Mobilisierung, wenn auch nicht mehr in der gleichen Besetzung und Größe. Die selbstorganisierten Unterstützungskreise konnten sich dabei mit einer ganzen Reihe an Projekten und Strukturen vernetzen, die schon seit vielen Jahren aktiv waren.<sup>81</sup> Die Erfolge anti-rassistischer Aktivitäten und nicht zuletzt auch der sozialen Bewegung der Flüchtlingssolidarität der 1990er- und 2000er-Jahre haben in Tübingen die Voraussetzungen für ein umfangreiches Geflecht an kleineren und größeren Initiativen geschaffen,<sup>82</sup> an das die zivilgesellschaftliche Bewegung an zahlreichen Stellen anknüpfen konnte. Auch kleine lokale Organisationen wie die Bildungsinitiative FödeM – Förderung des

---

80 Köberlein, Luzia: Wieviel Vielfalt darf's denn sein? Integration und Teilhabe von geflüchteten Menschen in Tübingen. In: West-Pavlov, Russel/Gerland, Andrée (Hg.): Interkulturelle Bildung, Migration und Flucht. Potentiale und Beispiele der Integration in Schule, öffentlichem Raum und Literatur. Tübingen/München. 2019, S. 175–184, hier S. 179.

81 Vgl. hierzu u.a. van Dyk/Misbach 2016, S. 207.

82 Eine Auflistung ist auf der Homepage der Stadt Tübingen einzusehen. URL: <https://www.tuebingen.de/fluechtlinge/> (Zugriff: 12.06.2020).

deutschsprachigen Muslimseins,<sup>83</sup> der Mädchentreff oder die Gruppen African Youth und *Black Visions*, in denen sich selbst viele Geflüchtete beteiligten, waren Teil dieses Netzes, wie Eva Ziaar, die selbst in einem lokalen Verein tätig ist, in unserem Interview betonte.<sup>84</sup> Zusammenhänge wie das Tübinger *Asylzentrum*,<sup>85</sup> der Verein *move on – menschen.rechte.tübingen e.V.*<sup>86</sup> oder auch das lokale Freie Radio *Wüste Welle*<sup>87</sup> verfügen über eine längere Geschichte auf dem Feld der Unterstützung von Geflüchteten und konnten damit neben den Geflüchteten selbst auch die neu entstandenen Strukturen mit vielfältigen Erfahrungen und etwa Kontakten zu solidarischen Anwält\*innen unterstützen. Darin eingewoben fanden sich zahlreiche urbane Infrastrukturen wie (Sport-)Vereine, selbstorganisierte Wohnprojekte, Unternehmen, Kirchengemeinden, Kulturzentren, universitäre Einrichtungen, Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschule und lokale Ableger großer Wohlfahrtsverbände, die eine aktive Rolle in der zivilgesellschaftlichen Bewegung der Unterstützung spielten. Einige Beispiele, die ich im Verlauf des Kapitel 6 weiter ausführen werde, zeigen, dass gerade im Umfeld von Kirchengemeinden in Tübingen langjährige Erfahrungen mit der Unterstützung und Begleitung von Geflüchteten gemacht wurden. Auf das Reservoir an Erfahrungen zur Unterstützung Geflüchteter, das sich bei *K.I.O.S.K.*<sup>88</sup> angesammelt hatte – einem Hilfeangebot der *kit jugendhilfe* für junge Geflüchtete – konnten Aktive zurückgreifen und Geflüchtete direkt weitervermitteln. Teilweise waren die Unterstützungskreise an diese Infrastrukturen angedockt oder waren direkt daraus hervorgegangen,

83 Vgl. die Website von FödeM. URL: <https://www.foedem.de> (Zugriff: 15.12.2023).

84 Interview mit Eva Ziaar, Pos. 41.

85 Vgl. die Website des Asylzentrums. URL: <https://www.asylzentrum-tuebingen.jimdo.com> (Zugriff: 15.12.2023).

86 Vgl. die Website von move on. URL: <https://menschen-rechte-tue.org> (Zugriff: 15.12.2023).

87 Vgl. die Website der Wüsten Welle. URL: <https://www.wueste-welle.de> (Zugriff: 10.02.2024).

88 Vgl. die Website von K.I.O.S.K. URL: <https://www.kit-jugendhilfe.de/angebote/kiosk> (Zugriff: 10.02.2024).

wie das *Refugee Programm* der Universität Tübingen,<sup>89</sup> oder der AK Asyl *Südstadt*, der maßgeblich von der katholischen und der evangelischen Gemeinde vor Ort gegründet wurde. Für viele aktivistische Zusammenhänge in Tübingen standen *repräsentistische* Strategien im Vordergrund, die auf die öffentliche Kritik des Rassismus und auf Forderungen für die Aufnahme Geflüchteter konzentriert waren. Trotzdem spielten Teile des Bündnisses *Solidarity & Action Tübingen* oder das *infocafé*, die sich beide weit genug auf die *präsentische* Logik der Sorgetätigkeiten einließen, eine Rolle in der zivilgesellschaftlichen Bewegung der Unterstützung vor Ort. Mit dem weiten Begriff der Zivilgesellschaft lässt sie sich als ein Terrain begreifen, in dem die Grenzen zwischen dem Staat und den klar davon abzugrenzenden außerstaatlichen Akteur\*innen verschwimmen, in das beide Bereiche hineinreichen. Das bedeutet nicht, dass die Angestellten der lokalen Verwaltungen und die ehrenamtlich Aktiven widerspruchsfrei an der zivilgesellschaftlichen Bewegung beteiligt waren – die Bruchlinie zwischen den Hauptamtlichen der lokalen Verwaltung und den ehrenamtlichen Bewegungsakteur\*innen führe ich in Kapitel 6.4 weiter aus. Trotzdem spielten die lokalen Verwaltungen zweifelsohne eine außerordentlich wichtige Rolle für die Mobilisierung der Unterstützung für Geflüchtete. In Tübingen arbeitet die kommunale Verwaltung mit der Verwaltung des Landratsamts als untere staatliche Verwaltungsbehörde zusammen. In dieser Funktion setzt das Landratsamt die Anweisungen der Institutionen des Landes Baden-Württemberg um und ist für die Unterbringung Geflüchteter in der Erstaufnahme zuständig, entscheidet über den jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Status und verteilt Leistungen beispielsweise nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. »Die Funktionsprinzipien der verschiedenen [staatlichen] Apparate unterscheiden sich teils deutlich und weisen starke Pfadabhängigkeiten auf«<sup>90</sup>, wie Nikolai Huke herausarbeitet. So »thematisieren Arbeits- und Sozialministerien und

89 Eine Beschreibung des Refugee-Programms der Universität Tübingen findet sich beispielsweise in dem Newsletter Uni Tübingen aktuell Nr. 3/2016. URL: <https://www.uni-tuebingen.de> (Zugriff: 10.02.2024).

90 Huke 2021b, S. 91.

nachgeordnete Behörden Migration in erster Linie als integrations- und sozialpolitische Frage, wobei insbesondere die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie der Zugang zu Sozialleistungen im Mittelpunkt stehen.«<sup>91</sup> So zielten auch die Ableger dieser Apparate in der lokalen Verwaltung der Stadt und des Landkreises mit einer »realistisch-integrationistische[n] Perspektive«<sup>92</sup> auf eine individuelle Förderung und die Integration in den Arbeitsmarkt. Diese Teile der lokalen Verwaltung wurden ein Stück weit von der Dynamik der Mobilisierung um das Jahr 2015 erfasst und veränderten sich in der Folge. Außerdem bildeten sich unterschiedliche Formen hybrider Arrangements heraus, an denen sowohl Teile der lokalen Verwaltungen, als auch bewegungsorientierte Akteur\*innen beteiligt waren (siehe Kapitel 6.2.4).

Mit den Überlegungen aus den Kapiteln 3 und 4 lässt sich also feststellen, dass sich um das Jahr 2015 nicht nur einander entgegengesetzte Allianzen gegenüberstanden, die um den weiteren Weg der Externalisierungsgesellschaft rangen, sondern auch in welchem Verhältnis jeweils *präsentische* und *repräsentistische* Strategien darin zueinander standen. Die Allianzen der Externalisierung waren deutlich stärker auf *repräsentistische* Strategien fokussiert. So funktionierte die Restrukturierung des europäischen Grenzregimes vor allem über die *repräsentistischen* Diskurse und Praktiken, deren Ziel die Veränderung bestehender Policies waren. Die *präsentische* Gewalt gegen Geflüchtete wurde sehr deutlich von *repräsentistischen* Strategien flankiert, die darauf abzielten, antimigrantische und neo-orientalistische Ressentiments zu erneuern und Bedrohungsdiskurse zu befeuern. Auch in den Allianzen der Internalisierung finden sich *repräsentistische* Elemente, wie sich vielleicht am deutlichsten an der Initiative für eine *Seebrücke* oder an den diversen Bündnissen aus Städten und Kommunen zeigte, auf die ich Kapitel 6.2.4 weiter eingehe. Allerdings dominierten sehr deutlich ein *Primat des Präsentischen*, in das die *repräsentistischen* Strategien eingewoben waren, wie ich es im Kapitel 6 noch weiter ausführe.

91 Ebd., S. 101f.

92 Huke 2019b, S. 400.

## Exkurs: Unterstützung ukrainischer Geflüchteter

Im Februar 2022 überfiel das russische Militär die Ukraine. Mehrere Millionen Menschen machten sich daraufhin auf den Weg, die Kriegsgebiete zu verlassen, ein wesentlicher Teil davon Richtung Europa. Damit gab es 7 Jahre nach 2015 erneut eine enorme Fluchtbewegung ins europäische Kernland – und damit ironischerweise eine interessante Kontrastfolie zu den Ereignissen um das Jahr 2015. Auf den ersten Blick weisen die Unterstützungspraktiken der Jahre 2015 und 2022 große Ähnlichkeiten auf. Ein kleines, aber eindrucksvolles Beispiel dafür ist, dass die Tübinger Kreissporthalle, die schon 2015 als Notunterkunft für Geflüchtete funktionierte, auch 2022 wieder umgebaut wurde, damit Geflüchtete aus der Ukraine darin unterkommen konnten.<sup>93</sup> Anfangs war das Interesse an der Unterstützung in den Teilen der Zivilgesellschaft überwältigend, die bereits um das Jahr 2015 die Unterstützung getragen hatten. Normale Informationsveranstaltungen waren so voll, dass nicht alle Interessierten daran teilnehmen konnten.<sup>94</sup> Selbstorganisierte Strukturen wie der *AK Kreissporthalle* wurden reaktiviert und neue digitale Unterstützungsgruppen entstanden. In Tübingen wurde beispielsweise anfangs über eine Telegram-Gruppe Wohnraum und Sachspenden vermittelt. Allerdings stellte sich bald heraus, dass der Bedarf nach spontaner und selbstorganisierter Unterstützung in der Situation im Jahr 2022 ein anderer war. Im direkten Vergleich der Unterstützungspraktiken fällt auf, dass die Akteur\*innenkonstellation, die die Unterstützung um das Jahr 2022 trug, sich deutlich von der Situation um das Jahr 2015 unterschied. Lokale Verwaltungen spielten wie staatliche Apparate der Länder und des Bundes insgesamt eine deutlich stärkere Rolle, sodass die mobilisierbaren Ressourcen und die gesellschaftliche Reichweite noch einmal deutlich größer waren als um das Jahr 2015. Ukrainische Geflüchtete sollten laut dem Gesundheitsminister Karl Lauterbach die gleiche medizinische Versorgung erhalten,

93 Vgl. Lohr, Sabine: Was der Kreis Tübingen für Geflüchtete plant: Fragen & Antworten. In: Schwäbisches Tagblatt, 09.03.2022.

94 Vgl. Mail zur Infoveranstaltung am 25.03.22.

wie deutsche Staatsbürger\*innen,<sup>95</sup> die Frauen Union forderte ein Schutzkonzept für geflüchtete Frauen,<sup>96</sup> die Bundesinnenministerin äußerte sich gegen eine automatische Registrierung der ukrainischen Geflüchteten<sup>97</sup> und die Polizei wollte Schutzzonen für neu Ankommende einrichten<sup>98</sup> – all das wäre trotz der großen gesellschaftlichen Reichweite der Mobilisierung der Unterstützung sieben Jahre zuvor, um das Jahr 2015 noch undenkbar gewesen.

Auch teilstaatliche Institutionen wie die Deutsche Bahn beteiligten sich an der Unterstützung, sodass es für Menschen mit ukrainischem Pass seit Kriegsausbruch mit dem *helpukraine*-Ticket möglich war, kostenfrei alle Züge der Deutschen Bahn im gesamten Bundesgebiet zu nutzen.<sup>99</sup> Größere Bahnhöfe hatten seitdem offizielle Anlaufpunkte für neu Ankommende aus der Ukraine eingerichtet, die die Menschen bei ihren ersten Schritten beraten konnten. Lokal fällt auf, dass in Tübingen die Kommune die zentrale Suche, Organisation und letztendlich auch finanzielle Unterstützung der Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine übernahm.<sup>100</sup> Sieben Jahre zuvor waren die Informationspunkte für Geflüchtete spontan von Aktiven organisiert,<sup>101</sup> nur in vereinzelt Kommunen gab es für Geflüchtete die Möglichkeit den

- 
- 95 Vgl. Nickschas, Jim-Bob: Vorbereitungen für Krankentransporte laufen. *Tageschau*, 07.03.2022.
- 96 Vgl. die Website der Frauen Union Niedersachsen. URL: <https://www.fu-niedersachsen.de> (Zugriff: 10.02.2024).
- 97 Vgl. Ismar, Georg/Fiedler, Maria: »Historische Aufgabe für Europa«: Innenministerin plant für Ukraine-Flüchtlinge Züge und Flüge nach Südeuropa. In: *Der Tagesspiegel Online*, 26.03.2022.
- 98 Vgl. Polizeigewerkschaft fordert Schutzzonen für Ukraine-Flüchtlinge in Bahnhöfen. In: *Welt*, Berlin 22.03.2022.
- 99 Informationen zu den Beförderungsbedingungen für ukrainische Geflüchtete finden sich auf der vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge eingerichteten Seite. URL: <https://www.germany4ukraine.de> (Zugriff: 10.02.2024).
- 100 Informationen dazu finden sich auf der Seite der Stadt Tübingen. URL: <https://www.tuebingen.de/wohnraum-ukraine> (Zugriff: 10.02.2024).
- 101 Vgl. Sutter 2019.

lokalen öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Die Vermittlung von Wohnraum wurde weitgehend ehrenamtlich organisiert – geduldet durch die Verwaltung.

Gleichzeitig berichteten mir zwei Aktive aus Tübingen von der massiven Konkurrenz um die knappen Ressourcen zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Geflüchteten, wobei Menschen aus der Ukraine deutlich vorteilhafter behandelt wurden.<sup>102</sup> Denn die Grenzen zwischen *innen* und *außen* oder zwischen *uns* und *den Anderen* verliefen 2015 anders als 2022. Um das Jahr 2015 spielten neo-orientalistische Bilder eine entscheidende Rolle bei dem Framing der Ankommenden. Diese zeichneten sich dadurch aus, dass sie »auf einer pauschalen Gleichsetzung von Islam und Gewaltbereitschaft, Terrorismus, Frauenfeindlichkeit und Rückständigkeit basieren«,<sup>103</sup> wie es die Herausgeber\*innen Stephanie Bremerich, Dieter Burdorf und Abdalla Eldimagh des Sammelbandes *Orientalismus heute. Perspektiven arabisch-deutscher Literatur- und Kulturwissenschaft* herausarbeiten. Die Soziologin Katherine Braun weist außerdem darauf hin, dass diese Bilder stark vergeschlechtlicht sind und in der Figur des »Angry Arab Man«<sup>104</sup> kulminieren. Als Bedrohung wurden also vor allem junge, männliche, muslimische Geflüchtete eingeordnet. Die Geflüchteten aus der Ukraine entsprachen nicht diesen orientalistischen Bildern. Der Kriegsschauplatz wurde als wesentlich näher wahrgenommen – schnell galt der Krieg als ein Krieg *in und gegen Europa*. Die Ukraine wurde als Anwärter für eine EU-Mitgliedschaft ernst genommen, bei Syrien wäre eine solche Vorstellung absurd gewesen. Die ankommenden Ukrainer\*innen wurden überwiegend als weiße Christ\*innen wahrgenommen. Durch die kriegsbedingte Mobilisierung für das ukrainische Militär und dem damit zusammenhängenden Ausreiseverbot für ukrainische Männer kamen 2022 tatsächlich deutlich mehr Frauen und Kinder. So wurden

---

102 Vgl. Feldnotiz 26.06.22.

103 Bremerich, Stephanie/Burdorf, Dieter/Eldimagh, Abdalla (Hg.): *Orientalismus heute: Perspektiven arabisch-deutscher Literatur- und Kulturwissenschaft*. Berlin/Boston 2021, S. 10f.

104 Allouche in Braun 2019.



die ukrainischen Geflüchteten rasch als Teil der Wir-Gruppe akzeptiert, wenn nicht schon von Anfang an als Teil dieser Gruppe konzipiert. Die Grenzen dieser Wir-Gruppe zeigt sich an denjenigen Menschen, die zwar vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet waren, die aber doch den neo-orientalistischen oder rassistischen Vorstellungen *der Anderen* entsprachen und denen daraufhin die bevorzugte Behandlung ebenso schnell wieder entzogen wurde, wie es *ProAsyl* dokumentiert hat.<sup>105</sup>

2022 wurde erstmals die Massenzustrom-Richtlinie in der EU aktiviert, um eine relativ koordinierte Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine in großer Zahl zu ermöglichen.<sup>106</sup> Dass die Richtlinie schon seit 2001 existierte, vorher aber immer das externalisierende Dublin-System den Umgang mit Geflüchteten bestimmte, zeigt, welchen Umfang die *repräsentistischen* Anstrengungen hatten, mit denen die *präsentischen* Sorgpraktiken 2022 kombiniert werden konnten, um den Geflüchteten aus der Ukraine einen würdigen Alltag zu ermöglichen.

Ein wesentlicher Unterschied der Situation in der Folge des Ukraine-Krieges war also, dass die Unterstützungspraxis um das Jahr 2015, mit der Internalisierung der Ausgeschlossenen, die europäischen Grenzanlagen der Externalisierungsgesellschaft ein Stück weit unterlaufen hat. Die Unterstützung der ukrainischen Geflüchteten lief seit 2022 hingegen im Wesentlichen im Einklang mit dem europäischen Grenzregime ab und endete bei denjenigen, die vom europäischen Grenzregime abgehalten werden sollten. Dabei spielten zwar auch Akteur\*innen und Netzwerke eine Rolle, die auch schon um das Jahr 2015 die Unterstützung für Geflüchtete getragen hatten. Trotzdem brachte die wesentlich stärkere Rolle von staatlichen Akteur\*innen und den damit zusammenhängenden *repräsentistischen* Strategien eine andere Konstellation, wesentlich größere Ressourcen und eine wesentlich weitere gesellschaftliche Reichweite hervor, die hinter der *präsentischen* Unterstützungspraxis stand, wie das 2015 der Fall gewesen war. Was es bedeutet, Menschen auf

105 Einzusehen auf der Website von ProAsyl. URL: <https://www.proasyl.de> (Zugriff: 10.02.2024).

106 Eine entsprechende Pressemitteilung ist auf der Homepage des Europäischen Rates einzusehen. URL: [consilium.europa.eu](https://consilium.europa.eu) (Zugriff: 10.02.2024).

der Flucht mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, wurde also 2015 und 2022 sehr unterschiedlich beantwortet.